



Pressemitteilung

BDP unterstützt Petition zur Finanzierung der Weiterbildung

Aufruf zur Mitzeichnung der Petition 148151

Berlin, 04.05.2023 Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) sowie die Fachsektion VPP (Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Therapeuten im BDP) unterstützen die an den Deutschen Bundestag adressierte Petition zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung und rufen zur Mitzeichnung auf.

Eingereicht wurde die Petition von Felix Kiunke, Psychologie-Student aus Kassel. Er fordert, die angemessene Finanzierung der obligatorischen ambulanten und stationären Weiterbildung gesetzlich zu regeln, um die psychotherapeutische Versorgung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie die berufliche Zukunft der zukünftigen PsychotherapeutInnen zu gewährleisten.

„Die Behandlung psychisch Erkrankter wird zu einem großen Teil von der Berufsgruppe Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten durchgeführt. Bislang mussten diese ihre Ausbildung größtenteils selbst finanzieren und arbeiteten im Rahmen der Ausbildungsjahre oftmals unter prekären Bedingungen. Diese Situation ist unhaltbar. Eine Regelung zur Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung psychisch Erkrankter ist längst überfällig,“ so Susanne Berwanger, BDP-Vizepräsidentin und Vorsitzende des VPP im BDP. *„Wir rufen deshalb dazu auf, die Petition mit zu zeichnen und so der Politik die Dringlichkeit des Anliegens näherzubringen.“*

Die Heilberufsgesetze der Länder sehen vor, dass die gesamte Weiterbildung in hauptberuflicher Tätigkeit mit einem angemessenen Gehalt erfolgt. Dazu zählen sowohl die ambulante als auch die stationäre psychotherapeutische Weiterbildung. Der Handlungsbedarf ist dringend, denn seit Herbst 2022 gibt es bereits die ersten AbsolventInnen der neuen Studiengänge und damit die ersten neuapprobierten PsychotherapeutInnen. Ihre Zahl wird bis Frühjahr 2024 auf ca. 1.000 und bis 2025 auf jährlich mindestens 2.500 AbsolventInnen ansteigen. Diesen PsychotherapeutInnen muss eine Weiterbildung in der Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit angemessener Bezahlung ermöglicht werden.

Zuletzt hatte die Psychotherapeutenchaft Deutschlands am 28. März 2023 in einem offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach appelliert, in den geplanten Versorgungsgesetzen auch die ausreichende Finanzierung der Weiterbildung von PsychotherapeutInnen zu regeln.

Die Petition (Id-Nummer: 148151) kann bis zum 01.06.2023 mitgezeichnet werden: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.html

Kontakt:

Susanne Berwanger: Vizepräsidentin des BDP e.V. und Vorsitzende der Sektion Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP im BDP e.V.)
presse@bdp-verband.de